Sauerländisches Volksblatt

Ältester Anzeiger für das Sauerland — SV — Gegr. 1840. — **Amtliches Kreisblatt des Kreises Olpe**

Das „S. V." erscheint jeden Werktag früh. Der monatliche Bezugspreis ist freibleibend, die Einzelnummer kostet 15 Goldpfg. Bestellungen nehmen alle Postanstalten entgegen. Störungen durch höhere Gewalt und Ausstand rechtfertigen keine Ersatzansprüche. Geschäftsstellen: Frankfurterstr. Nr. 16 und Bahnhofstr. Nr. 3. — Fernruf 2. — Postscheck-Konto Köln Nr. 10158.

Anzeigenpreise: 1 Millimeter Höhe im Ortsverkehr 8 Goldpfg., f. Auswärtige 10 Goldpfg., Reklamen 40 Goldpfennig; Offertengebühr 25 Goldpf., umzurechnen nach dem am Tage der Zahlung gültigen Berliner Dollar-Kurs. Zahlbar bei Aufgabe, spätestens 3 Tage nachher, andernfalls Verzugszinsen berechnet werden. Eventuell gewährter Rabatt gilt nur als Kassenrabatt.

Nr. 15 — Olpe, Freitag, den 18. Januar 1924. — 84. Jahrg.

Dr. Wirth über das staatspolitische Programm des Zentrums.

Der frühere Reichskanzler Dr. J. Wirth hat aus einem Genesungsurlaub in Freiburg i. B. an seinen Fraktionskollegen Joos-M.-Gladbach folgenden Brief gerichtet:

Lieber Herr Kollege Joos!

Leider war es mir seit geraumer Zeit nicht mehr beschieden, den von Ihnen und Ihren Freunden erwünschten Anteil am politischen Leben zu nehmen. Krankheit war zumeist Hinderungsgrund.

Nun ist es mir wieder möglich, und es scheint mir auch der richtige Augenblick gekommen zu sein, um Ihnen und unseren Freunden, insbesondere, um der uns nahestehenden politischen Jugend einige Anregungen und Wünsche für die kommenden Monate zu geben.

Wir haben in der Zentrumspartei in den letzten Jahren, hauptsächlich in allen kritischen Wendepunkten der deutschen Politik uns aufrichtig über die Lage ausgesprochen und, getreu unserer Grundeinstellung nach dem großen Zusammenbruch des Jahres 1918 und während der Weimarer Nationalversammlung, unsere Sorge stets darauf gerichtet, die Einheit des Reiches mit Rhein und Ruhr als letztes Erbe einer großen Vergangenheit zu retten und den demokratischen und sozialen Charakter des neuen Reiches durch unverdrossene und treue Mitarbeit, die sich keiner Verantwortung entzieht, zu vertiefen und zu befestigen.

Die grundsätzliche Haltung stellte an die Zentrumspartei und an die Reichstagsfraktion des Zentrums wiederholt schwerste Anforderungen. Aber nach dem Ziel und Richtung unserer Politik, deren Sinn Rettung des deutschen Volkes war und ist, feststanden, ist es uns trotz aller Enttäuschungen nicht allzu schwer gefallen, zum Dienst an Reich und Volk diejenigen Kräfte zu finden, die bereit waren, unter Zurückstellung etwaiger parteipolitischer Bedenken und materieller Opfer neben und und mit uns die Verantwortung auch bei den schwersten Schicksalsschlägen, die das Reich getroffen haben, zu tragen.

Das waren für unsere Zentrumspartei die großen Tage parteipolitischen Opfers im Dienste des Vaterlandes. An Mißverständnissen, an Verkennennungen, an Angriffen, auch persönlichen Verunglimpfungen hat es nie gefehlt. Trotzdem sahen unsere Leider seit dem Kriegsende heimgegangenen großen Führer darin ihre ernste Christenpflicht und verzehrten dabei selbstlos ihre Kräfte. Ihr Andenken wird bei gerechter Würdigung der Rettungsarbeit an Reich, Rhein und deutschen Volk nicht nur in unseren Reihen in hohen Ehren gehalten werden. Ich bin der festen Ueberzeugung, daß unsere Politik gerade nach den schweren Erfahrungen des Jahres 1923 wieder erneut Verständnis im deutschen Volke gefunden hat, und so will mir scheinen, daß selbst diejenigen politischen Kräfte, die der Rettungspolitik des Zentrums ohne innere Teilnahme zustimmten und ihr widersprachen, etwas gelernt haben.

Noch immer bemühen sich indes rein negative Kräfte, dem demokratischen Gedanken und dem Parlamentarismus, den demokratisch gerichteten Männern, Parteien und ihrer Politik die Schuld am Verfall Deutschlands zuzuschieben. Sie haben durch eine ihnen zu Diensten stehende Presse vermocht, Eindruck zu machen und eine positive Kraft vorzutäuschen, die sie garnicht besitzen.

Sie haben in den Jahren der Geldentwertung durch Aneignung eines Teiles des Nationalvermögens eine übergroße Macht an sich gerissen, die gegen den Staat und gegen den besitzlosen Teil des Gesamtvolkes einzusetzen sie heute im Begriff stehen. Seltsamerweise sind diese negativen Kräfte durch einzelne Teile unseres Bürgertums, bäuerlicher Schichten, Mittelstandsleute, Intellektueller und Verbraucher, die selbst unter dieser ungebührlichen Konzentration des Nationalvermögens leiden, unterstützt worden. So ist es möglich geworden, daß sich heute vor unseren Augen ein Prozeß wirtschaftlicher und sozialer Zersetzung vollzieht, wie sie kaum schlimmer gedacht werden kann. Ich sehe, daß man weiter, unter Verwendung von verschiedenen Schlagworten, auf eine politische Entrechtung breitester Schichten hinausgeht, ein Vorgang, der den Staat selbst in eine unwürdige Abhängigkeit von starken Wirtschaftsgruppen bringen und aussichtsreiche Quellen innerpolitischen Aufstiegs und außenpolitischer Erlösung verschütten müßte.

Der Augenblick ist gekommen, da wir um des Staates, seiner inneren freiheitlichen und sozialen Entwicklung willen, Einspruch erheben und zu einer aktiven Gegenwehr aller auf dem Boden der Verfassung stehenden Kräfte aufrufen müssen.

Die mannigfachen Versuche, auf andere Weise zu einer klaren Willensbildung im Reichstag zu kommen und eine fruchtbare Innenpolitik auf einer anderen Linie zu verfolgen, als sie von den Kabinetten der republikanischen demokratischen Koalition angestrebt worden waren, sind gescheitert. Der auch in letzter Zeit aus unseren Reihen heraus von einzelnen mitunterstützte Versuch, mit der Rechten zu einem Zusammenarbeiten im Reichstag zu kommen, ist nicht an Einwendungen des Zentrums gescheitert, sondern hat sich als unmöglich erwiesen, gerade durch die grotesken politisch völlig abwegigen, sogar verfassungswidrigen Forderungen und Zumutungen, die von rechts aufgestellt worden sind. Dabei haben wir eine Zurückhaltung gezeigt, die meines Erachtens die Grenze des politischen tragbaren und mit dem Gefühl der Verantwortung vereinbarenden nahe berührte. Die Zeit einer solchen Zurückhaltung sollte und muß mit dem neuen Jahr vorüber sein. Weder sind wir gesonnen, uns politisch ausschalten zu lassen, noch können wir schweigen, wenn wir die durchaus ernst zu nehmenden Versuche anschauen, die das Zentrum aus der klaren sachlichen Stellungnahme als Mittelpartei herausdrängen wollen, und die Partei für reaktionäre und klassenegoistische Zwecke dienstbar zu machen, für die sie sich aus Gründen der Gerechtigkeit niemals hergegeben hat. Wir wollen das, was uns innerlich mit Sorge erfüllt, und was uns veranlaßt, auch im Zentrum Umschau zu halten, aufrichtig auch der Oeffentlichkeit gegenüber aussprechen:

Die Zentrumspartei war alle Zeit eine Partei der Mitte mit ehrenem Geist und eigenem Charakter, mit einem Gewissen, das sich letztlich orientierte an den großen sichtlichen Idealen christlichen Gemeinschaftslebens. Der Gedanke der Heranziehung aller Volkskräfte der Weltanschauung, der Kultur, der Stände und der Stämme zu lebendiger Anteilnahme und Mitarbeit an den Aufgaben des Staates und bei der Lösung der sozialen Fragen und der Schäden moralischer und materieller Art, die sich in allen Schichten und Ständen zeigen, hat im Zentrum immer eine Heimstatt gehabt. Wir waren stets konservativ in dessen Sinne eine nationalen und christlichen Kulturbewegung, niemals aber reaktionär. Kon-

Der Ausgang des Düsseldorfer Schupoprozesses.

Die Sonderbündler und Frankreich. — Das englische Unterhaus und die Ruhrfrage. — Deutsche Industrie und Frankreich. — Amerikas Lebensmittelkredite.

Der Schupoprozeß in Mainz.

Meldung des Wolff'schen Telegraphenbüros.

Mainz, 18. Januar.

Vor dem französischen Kriegsgericht in Mainz fanden gestern die Verhandlungen über die von den Verteidigern der Schutzpolizei in Düsseldorf Dr. Grimm, Dr. Bräutigam und Dr. Voß eingelegte Revision unter dem Vorsitz des Generals Marechal statt. Dr. Grimm und Dr. Voß behandelten die Frage der Zuständigkeit des französischen Kriegsgerichts. Sie machten zunächst geltend, daß nach § 18 Anhang 1 Teil 8 des Versailler Friedensvertrages Düsseldorf nicht als feindliches Gebiet im Sinne des Artikels 63 des Militärstrafgesetzbuches angesehen werden könne, da der Brückenkopf im Jahre 1921 aufgrund einer Sanktionsmaßnahme besetzt worden sei, die Deutschland verpflichte, eine derartige Maßnahme nicht als eine feindselige aufzufassen. Alsdann entwickelte der Verteidiger an Hand der französischen Literatur, daß außerhalb eines Krieges die Besatzungsarmee eine Gerichtsbarkeit über die Bewohner des besetzten Gebiets nur dann ausüben könne, wenn es sich um direkte Angriffe gegen die Armee selbst oder einzelne Mitglieder derselben handele. Unter Vergleich der Entscheidung des Kassationsgerichtshofes in dem vorjährigen Krupp-Prozeß wies Rechtsanwalt Dr. Grimm nach, daß in diesem Prozeß unter Umständen die Frage der Sicherheit der Besatzungsarmee gegen die Entscheidung des Kassationsgerichtshofes eine besondere Rolle spielen könne. Wenn es sich im vorliegenden Schupoprozeß einzig und allein um eine Aktion der rechtmäßigen deutschen Polizei gegenüber den Separatisten gehandelt habe, so handele es sich hier um eine rein deutsche Sache, mit der zu befassen die Besatzungsgerichte rechtlich keine Veranlassung hätten. Dann wandte sich Dr. Grimm zu den Formfehlern, die in der Voruntersuchung und bei der Ladung der Angeklagten vorgekommen sind. Dr. Voß behandelte die Schuldfrage, insbesondere rügte er die Auffassung der Frage, ob Notwehr vorgelegen habe, sowie, ob die Angeklagten durch das Verhalten der Separatisten nicht gereizt worden seien. Er führte die entsprechenden Bestimmungen der französischen Militärprozeßstrafordnung an, wonach der Präsident verpflichtet ist, derartige Fragen an die Mitglieder zu richten. Der Anklagevertreter erörterte unter ausführlichen Darlegungen der Rechtsprechung des Kassationsgerichtshofes die Frage seiner Zuständigkeit und begründete die Bejahung dieser Frage u. a. damit, daß die Haltung der Schupo am 30. 9. 23 nur eine Fortsetzung der ständig widerspenstigen Haltung der Schupo gegenüber der französischen Besatzungsarmee sei, die die Veranlassung gewesen sei, die Schupo aus dem besetzten Gebiet auszuweisen. Die Tatsache, daß die Schupo entgegen einem früheren Befehl aus ihren Quartieren ausgerückt sei, rechtfertige allein die Zuständigkeit des Gerichts, denn ohne das Verlassen der Kasernen würde es an dem Tage nach seiner Auffassung zu keinerlei Zwischenfällen gekommen sein. Den Einwand, daß es sich um Zwischenfälle zwischen Deutschen handele, brauche er nicht durch Anführung eines Urteils des Kassationsgerichtshofes über die Rechtsprechung des französischen Kriegsgerichtes in Syrien zu widerlegen. Das Gericht erachtete nach kurzer Beratung auf Verwerfung der Revision. Im Urteil waren im wesentlichen die Argumente des Anklagevertreters wiederholt.

Frankreich und die Separatistenbewegung in der Pfalz.

Meldung des Wolff'schen Telegraphenbüros.

Paris, 18. Januar.

Wie in Paris angenommen wird, hat die Rheinlandkommission die Behandlung der Verordnungen der separatistischen Regierung in der Pfalz von der heutigen Tagesordnung abgesetzt. Echo de Paris schreibt, man glaube, daß die Verordnungen der Separatisten in der Rheinlandkommission keine Anerkennung erlangen werden, was im Verlauf der gestrigen Unterredung des englischen Botschafters mit dem Ministerpräsidenten Poincare beschlossen worden sei.

Die Ruhrfrage im englischen Unterhaus.

London, 18. Januar.

In seiner Rede bei der Adressendebatte im Unterhause sagte der Unterstaatssekretär Mac Neill noch in Erörterung der Ruhrfrage, die britische Regierung habe sich durchaus bemüht, streng in Uebereinstimmung mit dem Buchstaben und dem Geist des Verfailler Friedensvertrages zu handeln. Wie sehr die britische Regierung auch an der Entente und der Freundschaft mit Frankreich festhalte, von deren Fortbestand die Hoffnung auf irgendwelche Reparationen irgendwelcher Art abhingen, so habe sie sich in Bezug auf die Ruhrpolitik nicht an die Seite Frankreichs stellen können.

Schaw und Frankreichs eigensinnige Politik.

Meldung des Wolff'schen Telegraphenbüros.

London, 18. Januar.

Der Arbeiterführer Shaw erklärte im Unterhause, es gebe keinen Mann und keine Frau in der Arbeiterpartei, die Feinde Frankreichs seien. Im Gegenteil, sie würden alle die herzlichen Beziehungen zu Frankreich pflegen. Was meine jedoch Mac Neill, wenn er von einem Zusammenwirken mit Frankreich spreche. Jedes Zusammenarbeiten mit Frankreich gehe dahin, den Franzosen stets das zu gestatten, was sie wollten. Man habe auf Englands Vorschlag immer gesagt, sie würden nie erwogen werden. Dies sei kein Zusammenwirken. Es sei sicherlich richtig, Frankreich mit größter Freundlichkeit zu sagen, England erwarte, daß es bei der Erörterung internationaler Angelegenheiten als vollkommen gleichberechtigt behandelt werde. Die Politik im Ruhrgebiet habe Frankreich selbst nicht eingebracht, was es erwartet habe. Frankreich habe nicht die Reparationen erhalten, die es beanspruchte. Europa sei vom Frieden weiter entfernt als 1918. Wie lange soll das noch fortdauern? Es würde kein Mangel an Freundschaft für Frankreich sein, wenn man sage, daß die gesamten Fragen der richterlichen Entscheidung des Völkerbundes unterbreitet werden sollen. Frankreich könne England nicht seine Schulden bezahlen, weil es keine Reparationen erhalte, es könne aber zu gleicher Zeit anderen Nationen Geld für Rüstungseinkäufe leihen. England könne Frankreich gegenüber ganz gut Vorbehalten in der Richtung erheben, daß dies nicht der beste Weg sei, um den Frieden zu sichern.

Frankreich und die deutschen Industriellen.

Meldung des Wolff'schen Telegraphenbüros.

London, 18. Januar.

In Beantwortung einer Anfrage über die Vereinbarung zwischen der französischen Regierung und den deutschen Industriellen erklärte der Präsident des Handelsamtes Lord Creame, die französische Regierung habe der englischen Regierung die Versicherung gegeben, daß keine Vereinbarungen irgendwelcher Art getroffen worden seien, und daß die Alliierten befragt werden müßten, bevor eine Vereinbarung irgendwelcher Art abgeschlossen würde.

Die amerikanischen Lebensmittelkredite.

Meldung des Wolff'schen Telegraphen-Büros.

Paris, 18. Januar.

Nach einer Meldung des Newyork Herald aus Washington soll das Staatsdepartement dahin informiert worden sein, daß Frankreich und Belgien entschlossen seien, die Bekanntgabe ihrer Entscheidung über die amerikanischen Lebensmittelkredite (70 Millionen Dollar) zu verschieben, bis die Sachverständigenausschüsse zu einer Regelung der deutschen Finanzlage gelangt seien.

Die Separatisten in Speyer.

Meldung des Wolff'schen Telegraphenbüros.

Speyer, 18. Januar.

Im Anschluß an die Besprechungen der wirtschaftlichen, politischen und religiösen Verbände mit dem englischen Generalkonsul Clives ist von den Separatisten der Stadt Speyer eine Geldbuße von 50 000 Goldmark und die Uebernahme der Beerdigungskosten für Hein-Orbis auferlegt worden. Der Stadtrat hat diese Forderungen einstimmig abgelehnt.

Der Sturz des französischen Franken.

Meldung des Wolff'schen Telegraphen-Büros.

Paris, 18. Januar.

Ministerpräsident Poincare hatte gestern nachmittag in Abwesenheit des Finanzministers eine Konferenz mit Vertretern der Großbanken, der auch der Gouverneur der Bank von England und der Vorsitzende der Börsenmakler beiwohnten. Nach einem Bericht des Matin vertraten die Finanzleute den Standpunkt, gegen den Franken werde eine heftige und übelwollende Kampagne geführt. Würden aber die Frankenbesitzer davon überzeugt werden, daß der Franken ein stabiles und gesundes Zahlungsmittel sei, so würde die Spekulation sofort nachlassen. Die Finanzleute glauben, daß der Kurs des Franken auf etwa 75 Francs für das Pfund Sterling gehoben werden könnte. Deshalb müßten sofort die notwendigen Anstrengungen gemacht werden. Wenn man einige Wochen warten würde, würden alle Preise in dieser Richtung der Frankenentwertung steigern, und dann würde die Hausse ernstlicherweise noch weiter gehen.

Paris, 18. Januar.

Ministerpräsident Poincare wird, wie der Matin zu wissen glaubt, heute in der Kammer bei der Einbringung des angekündigten Gesetzentwurfs im Rahmen einer Erklärung den Antrag stellen, die vorliegenden Interpretationen über das Sinken des Frankenkurses bis auf den Augenblick zu verlagen, wo der Bericht des Finanzausschusses über die neuesten Gesetze vorgelegt werde. Diese vielleicht große Debatte wird nach Ansicht mehrerer Berichterstatter nicht finanzieller, sondern politischer Natur sein.

Scheitern der Lohnverhandlungen im Metallarbeiterverband.

Meldung des Wolff'schen Telegraphenbüros.

Essen, 18. Januar.

Die Lohnverhandlungen zwischen dem Arbeitgeberverband und den drei Metallarbeiterverbänden in Essen sind gestern gescheitert. Die Arbeitgeber wollten eine größere Spannung zwischen dem Lohn der Facharbeiter und dem der Hilfsarbeiter schaffen, da sie es für ein Unding hielten, daß die Hilfsarbeiter nur wenige Pfennige weniger als die gelernten Facharbeiter erhielten. Die Metallarbeiterverbände haben für Frankreich den Reichskommissar zu einem Schiedsspruch angerufen.

Die gesetzliche Miete vom 1. Februar.

Meldung des Wolff'schen Telegraphenbüros.

Berlin, 18. Januar.

Aufgrund des Reichsmietengesetzes hat der Minister für Volkswohlfahrt nach einer Meldung des amtlichen preußischen Pressedienstes für Gemeinden, für die eine andere Regelung nicht erfolgt ist, aber die Erreichung der gesetzlichen Mieten mit Wirkung ab 1. 2. 1924 folgendes angeordnet:

Zu der Papiermarkgrundmiete treten folgende Zuschläge:

1. für Verwaltungskosten, Zinssteigerungen und Steigerung der Kosten für Erneuerung der Grundstücksbelastung 5 Prozent,
2. für Kosten der laufenden Instandhaltungsarbeiten mit Einschluß der Schönheitsreparaturen 10 Prozent,
3. für Betriebskosten 15 Prozent.

Die Festsetzung eines Sonderzuschlages für große Instandsetzungsarbeiten darf das Mieteinigungsamt nicht überschreiten.

Als Schönheitsreparaturen gelten: Tapezieren oder Streichen der Fußböden und Fenster oder Anstreichen der Decken, das Anstreichen der Türen in den Wohnungen oder sonstiger Räume. Werden die Schönheitsreparaturen von den Mietern ausgeführt, so ermäßigt sich der Zuschlag für laufende Instandsetzungsarbeiten auf 6 Prozent.

Die Lage auf dem deutschen Arbeitsmarkt.

Meldung des Wolff'schen Telegraphenbüros.

Berlin, 18. Januar.

Wie mitgeteilt wird, hat sich die Lage auf dem deutschen Arbeitsmarkt ein wenig gebessert, besonders in München, Berlin, Hamburg und Lübeck. Die Zahl der unterstützten Erwerbslosen ist etwas gesunken, und auch die Zahl der Kurzarbeiter hat sich verringert.

servativ, sowie der große Dörs es meint: Das vorhandene soll geachtet und geehrt sein, aber es darf nicht dem Leben seine bildende Kraft entreißen und jeden Fortschritt stehend machen.

Wir haben dem neuen deutschen Staat Herz und Hand geliehen, damit er wahrer Volksstaat werde, indem alle Politik mit dem Geist und dem Willen des Volkes in Einklang steht. Das Zentrum hat eine Diktatur irgend einer weltanschaulichen sozialen, wirtschaftlichen, politischen Gruppe deshalb immer verworfen.

Unsere **Demokratie** ist eine **christliche**; sie will Staatsgewalt und Staatsautorität, aber nicht in der Form von Knechtschaft und Hörigkeit, sondern in menschlich würdiger Einordnung des einzelnen und der verschiedenen Gruppen in das Staats- und Volksganze. Das gilt auch namentlich für den Stamm der Besitzlosen und wirtschaftlich Abhängigen in Stadt und Land, für die Schwachen und Hilfsbedürftigen, die einer sittlich leeren Wirtschaftsvergötterung hinzuopfern, wir uns hartnäckig weigern werden. Wir verkennen es nicht, daß der stolze Bau unserer Sozialpolitik durch die Zerrüttung unserer Wirtschaft gefährdet ist. Wir übersehen es nicht, daß die ökonomische Gesundung unerläßliche Voraussetzung des sozialen Aufstieges der Massen ist. Aber den sich jetzt hervorwagenden sozial-reaktionären Tendenzen sich entgegenstemmen gebietet, die die ganze Vergangenheit der Zentrumspartei, auch der wirtschaftliche und staatliche Wiederaufbau, der ohne die freudige Mitarbeit der breitesten Schichten unmöglich bleibt.

Wir wissen, daß die Demokratie im Staate mit den äußeren Formen noch nichts Lebendiges ist. Ein **staatspolitisches Leben voller Verantwortlichkeit**, tiefes nationales Empfinden und höchste Opferfreudigkeit in allen Parteien und Ständen zu wecken und zu entwickeln, das ist die Aufgabe der **christlichen** Demokratie, an deren Idealen wir unter allen Umständen festhalten. Damit ist auch jener sinnlos, Staat und Gesellschaft wie Nation lähmende, zersetzende **Radikalismus** unvereinbar, der den Staatsnotwendigkeiten keine Rechnung trägt und im entscheidenden außenpolitischen Augenblick mit Rücksicht auf widerstrebende radikale Kräfte der Zusammenfassung aller positiven Kräfte, die eine große Linie gefunden hatten, entgegentritt.

Wir stehen zur gegebenen **Verfassung** als zu dem für alle deutschen Staatsbürger gleicher Weise geltenden Grundgesetz. Der Geist der Weimarer Verfassung ist ein guter, und dafür dieser Geist die heutigen Staatsformen durchdringt, muß unsere stete Sorge sein. Damit soll keine Entwicklung unterbunden, wohl aber eine Grenze gesteckt sein gegenüber abenteuerlichen Verfassungsstürzern, die kein eigenes vernünftiges politisch und staatsbürgerlich verterbares Programm haben. Die Stimmen derer, die im Zentrum anders gerichteten Gewalten sich zu beugen, in Gefahr stehen, sind glücklicherweise nicht zahlreich, und ihrem Wirken kann, wenn wir entschlossen sind, uns politisch zu betätigen und zu handeln, ein Ende gemacht werden. Das Zentrum ist nur als Verfassungspartei denkbar und gerade in der treuesten Hingabe an die Verfassung, deren Einzelheiten im Sinne der Zuweisung größerer Rechte an Länder und Gemeinde auf gesetzlichem **Wege sehr wohl entwickelt werden können, sehe ich** die Stärke der Zentrumspolitik, wie ihre Rechtfertigung. Diese Auffassung entspricht durchaus der Tradition der Zentrumspolitik.

Ich bin der Auffassung, daß diejenigen Zentrumswähler, die es mit der Verfassung ernst nehmen und die Verpflichtung in sich fühlen, die Interessen des deutschen Volkes aller Stände und Schichten zu vertreten, bei der kommenden Wahl freimütig und entschlossen an die aufzustellenden Kandidaten die ernste Frage richten müssen und sollen, in wieweit der zu wählende Volksvertreter den wahren Bedürfnissen des Volkes nahe ist, die volle Verantwortung in sich fühlt und den Rechtsboden der Verfassung treu innehalten will. Ist die Antwort im Sinne des in langer Erfahrung erprobten Zentrumsprogramms unklar und nicht ausgesprochen ernst und aufrichtig, so sollte es für Zentrumsanhänger und demokratisch gesinnte Wähler ausgeschlossen sein, die Stimmen solchen Kandidaten zuzuwenden, die in der Verfassung einen Fetzen Papier sehen und in irgendeiner Form die Diktatur als das politische Heilmittel für das deutsche Volk empfehlen und erstreben.

Die **Erhaltung** und die **Stärkung der Zentrumspartei**, so wie sie war und wie sie sich in den Jahren ihrer glänzenden Vergangenheit und in ihren besten Führern kundgegeben hat, ist heute mehr als eine politische und staatliche Notwendigkeit. In der Zentrumspolitik eigenem Wesen und eigener Kraft liegen Hilfs- und Rettungsmittel für die schwerdaniederliegende Nation. Das sollen wir sehen, wohl bedenken und daraus entschlossen die Folgerungen ziehen. Es muß ein Ruf ergehen an alle diejenigen im Lande, die sich mit unserem Volke verbunden, im Gewissen verantwortlich fühlen und nicht willens sind, ihre religiöse, soziale und politische Ueberzeugung in irgendeiner Sammelpartei verwischen zu lassen. Gern und freudig legen wir unsere Kräfte in treuer Gemeinschaft und in festem Wollen zur Wiederbelebung und Fortführung der großen Idee der sozialen Reform zusammen. Es gilt jetzt, der Politik der nächsten Jahre eine Richtung und ein Ziel und dem neuen deutschen Staat einen Inhalt zu geben, auf daß Wege frei werden zu neuem Aufstieg und zu neuem nationalen Leben.

Freunde, wir wollen an die Arbeit gehen!

Mit deutschem Gruß

Wirth.

Der Reichskanzler und die bayerische Denkschrift.

Reichskanzler Dr. Marx hat an den bayerischen Gesandten in Berlin, Herrn v. **Preger**, ein Schreiben gerichtet, aus dem wir folgendes wiedergeben:

Die mir am 5. Januar d. J. überreichte Denkschrift der bayerischen Regierung habe ich inzwischen mit Aufmerksamkeit gelesen und sie, sobald ich in den Besitz einer ausreichenden Zahl von Abdrücken gelangt war, allen beteiligten Reichsstellen zugeleitet. Die bayerische Regierung wird es verständlich finden, daß die Reichsregierung angesichts der weitgreifenden Bedeutung der in der Denkschrift erörterten Probleme eine abschließende Stellung heute noch nicht einnehmen kann. Schon jetzt aber möchte ich meiner lebhaften **Genugtuung** darüber Ausdruck geben, daß der in sachlicher Form dargelegte Standpunkt, den die bayerische Regierung der Reichsregierung gegenüber einnimmt, von den Gedanken getragen ist, das Reich im ganzen wie in seinen Teilen **stark und fest zusammengefügt** zu erhalten.

Ich verkenne nicht, daß die Denkschrift sowohl in ihren geschichtlichen Darlegungen, wie in den Vorschlägen für die Zukunft Gegenstand lebhafter, vielleicht heftiger Meinungskämpfe sein wird, die jedoch, wie ich bestimmt hoffe, sich in den Grenzen halten werden, die ihnen die Tatsache zeigt, daß **deutsche Gedanken und Gefühle** der bayerischen Regierung die Feder geführt haben.

Die Reichsregierung ist gerne bereit, zunächst mit der bayerischen Regierung, unter Zugrundelegung der überreichten Denkschrift, in einen **Meinungsaustausch** einzutreten, wobei sie mit der bayerischen Regierung darüber einig ist, daß die einzelnen in der Denkschrift erörterten Fragen einer eingehenden sachlichen und vorurteilslosen Prüfung bedürfen. Erst nach dem Ergebnis dieser Erörterungen wird sich die Frage beantworten lassen, inwieweit seitens der Reichsregierung und der bayerischen Regierung die Initiative zu gesetzgeberischen Maßnahmen zu ergreifen sein wird.

„Kampf gegen Rom".

Der „**Bayerische Courier**" weist mit ernstem Nachdruck darauf hin, daß wir wieder „im offenen Kulturkampf stecken". Unsere Feinde seien nicht die gläubigen Protestanten; der Kulturkampf gehe vielmehr von den „rein völkischen" Verbänden aus. Das Blatt sagt:

„Der Kampf der „Völkischen" geht scheinbar gegen die Jesuiten, **tatsächlich aber gegen die katholische Kirche.** Der Jesuitenorden ist ein von der Kirche approbierter und feierlich gebilligter Orden. Es ist eine lächerliche Dummheit, zwischen dem Ganzen und einem Teile zu unterscheiden in der Art, wie es hier geschieht. Ebenso lächerlich ist der Unterschied zwischen „religiösem" und „politischem" Katholizismus, der bei diesen Feinden der Kirche wieder Mode wird. **In allen Zeiten des Kampfes gegen die Kirche hat man diese Unterscheidung vorgeschützt.** Schon die Tatsache, daß man jetzt von verschiedener Seite wieder auf diesen aufmerksam macht, müßte uns Katholiken stutzig machen. Wir Katholiken wissen ganz genau, wie weit der Papst unser Oberhaupt ist: das brauchen uns die Feinde der Kirche, die vom katholischen Wesen kaum eine Ahnung haben, nicht erst zu sagen. Daß unsere Politiker zwischen dem „Heiligen Vater" und der „römischen Kurie" zu unterscheiden wissen, haben sie gelegentlich der Septennatsfrage deutlich gezeigt. Damals wünschten die Vorläufer der „Deutsch-völkischen", daß die deutschen Katholiken „römischer" gesinnt seien. „Römisch" ist nämlich kein klar bestimmter Begriff in jenem Lager. Man orandi das Wort, wie es einem gerade paßt. Heute aber ist „römisch" und „jesuitisch" alles das, was bei den Katholiken den fanatischen Anschauungen der echt „Völkischen" nicht entspricht. Das Urteil der letzteren ist natürlich einzig maßgebend und sie betrachten, sich als mindestens ebenso unfehlbar in politischen Dingen, wie es der Papst in theologischen und moralischen Entscheidungen für die Kirche ist.

Man will uns den **echt germanischen Geist heibringen**, und im selben Atemzuge empfiehlt man den deutschen Katholiken das Vorbild der französischen. Wir sollen auch Chauvinisten werden, wie es viele der letzteren leider sind. Man legt es uns also nahe, „welschen" Geist anzunehmen. Ist das germanisches „Freiheitsbewußtsein", das man so hoch preist? Wir deutschen Katholiken wissen selbst, was wir zu tun haben, und wir gehen deshalb nicht nach Frankreich, um es dort zu lernen. Dafür sind wir viel zu gut deutsch, und das lassen wir uns nicht nehmen, auch wenn Herr Traub uns in den „Eisernen Blättern" anders beraten will. Deutschsein heißt für uns: **die Wahrheit lieben.** Wir tun das, was wir in reiflicher Ueberlegung für das Richtige ansehen und was unser Gewissen uns vorschreibt. Wir glauben, daß der Chauvinismus mancher französischer Katholiken ein Irrtum ist, für den sie noch einmal büßen werden. Wir glauben, daß schließlich die **Liebe eine größere Macht ist als der blinde Haß.** Wir lieben unser Vaterland sicher so innig, wie es nur jemand tun kann, und sind bereit, für dasselbe die größten Opfer zu bringen. Wir greifen auch wieder zu den Waffen, wenn es die Not des Vaterlandes fordert, und werden an Tapferkeit keinem nachstehen. Aber schließlich sind wir überzeugt, daß nicht der „Kampf ums Dasein", nicht der sterile Haß die Völker beherrschen soll, sondern die Liebe, die Christus gebracht hat. Das glauben wir, auch wenn wir deshalb von den „Völkischen" als „jesuitisch" und „römisch" verschrien werden, auch wenn uns diese die Liebe zum Vaterlande noch so sehr zu verekeln suchen."

Diese Ausführungen treffen das Richtige. Die hier besprochenen Tatsachen und Beobachtungen sollten für alle deutschen Katholiken eine ernste Mahnung zur Einigkeit sein.

)(Die neue Danziger Regierung.

Nach einer Meldung des Lokalanzeigers aus Danzig wurde dort gestern die neue Regierung gebildet. Sie besteht aus sieben **Deutschnationalen**, 4 Abgeordneten des Zentrums und zwei Senatoren der Deutsch-Danziger Volkspartei. Zum Vizepräsidenten wurde der deutschnationale Abgeordnete Dr. Ehlers gewählt. Die deutschsoziale Partei hatte bei der Wahl weiße Zettel abgegeben.

(:) Eine sozialdemokratische Versammlung in München aufgelöst.

Dem Vorwärts zufolge, hielt eine Sektion des sozialdemokratischen Vereins München am Dienstag in München eine öffentliche, bekanntgegebene geschlossene Mitgliederversammlung ab, in der im Hinblick auf die Neuwahlen ein Landtagsabgeordneter der Partei referierte. Als die Versammlung beinahe beendet war, besetzte ein 30 Mann starkes Schutzmannsaufgebot den Saal, hob die Versammlung auf, notierte sämtliche 60 Teilnehmer und verhaftete die am Vorstandstisch Sitzenden.

(!) Die Herren der Welt.

Das Tageblatt meldet aus Essen, daß die dortige **Besatzungsbehörde**, jetzt 980 **Wohnungen für Offiziere und Beamte** verlangt. Die **Familienangehörigen** dieser Leute werden vom 20. Januar hier eintreffen. Die Unterbringung muß innerhalb eines Monats beendet sein.

Putschvorbereitungen in Friedrichshafen.

Der Vossischen Zeitung wird aus **Stuttgart** gemeldet, daß in **Friedrichshafen** am Bodensee umfangreiche Vorbereitungen zu einem Putsch aufgedeckt worden seien. In einer Reihe von Betrieben seien seit einiger Zeit aus gestohlenem Material Handgranaten hergestellt und unter Angehörige der kommunistischen Partei verteilt worden sein. Es sollen bereits zahlreiche Verhaftungen ausschließlich von Mitgliedern der kommunistischen Partei vorgenommen worden sein.

Verhinderter Generalstreik.

() Gelsenkirchen, 17. Jan. Den Bemühungen der nichtsozialistischen Gewerkschaften ist es gelungen, den Generalstreik in der **Metallindustrie** zu verhindern. Die am Sonnabend ausgegebene Generalstreikparole wurde zurückgezogen und zur **Wiederaufnahme der Arbeit** aufgerufen. Die Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften haben erklärt, daß das Berliner Abkommen für sie nicht bindend sei. Die Metallindustrie leidet zurzeit außerordentlich stark unter der ausländischen Konkurrenz, namentlich von Belgien und Frankreich. Die Lage im Bergbau ist zurzeit unbefriedigend. Von dieser Woche an sollen nur noch drei Zechen in den meisten Schachtanlagen in Betrieb stehen. Gestern wurde den bisher der Arbeitslosenfürsorge zugeführten Arbeitern zum 1. Februar gekündigt. Im **Bochumer** Revier sind die Arbeiter am Montag und Dienstag **geschlossen auf den Arbeitsstätten erschienen.** Die Belegschaft der Zeche Präsident lehnte die Mitbeteiligung an dem Ausstand ab. Das gleiche wird von den übrigen Zechen gemeldet. In Bochum wurde eine von Radikalen versuchte Massenbewegung zur gewaltsamen Stillegung des Betriebes durch die blaue Polizei verhindert. Auf den gesamten Betrieben des Bochumer Bezirks wird überall gearbeitet. Zur Lage in der **rechtsrheinischen Textilindustrie** ist zu berichten, daß eine vom Deutschen Textilarbeiterverband einberufene Konferenz von Vertretern der rechtsrheinischen Textilindustrie einstimmig beschloß, am Mittwoch, den Kampf auf der ganzen Linie aufzunehmen. Der Christliche Metallarbeiterverband dagegen sucht die Verhandlungen mit den Arbeitgebern noch fortzusetzen und hat einen neuen Lohnvorschlag unterbreitet. Der Christliche Arbeiterverband in München-Gladbach hat beschlossen, in den Ausstand zu treten. In einer großen Anzahl von Betrieben wird ruhig weiter gearbeitet und sogar Mehrarbeit geleistet.

Umgruppierung der Separatisten.

Aus rheinischen Kreisen wird mitgeteilt, daß Ende Dezember die von Smeets geleitete „Rheinische Volkspartei" in Düsseldorf eine Versammlung sämtlicher Funktionäre der separatistischen Partei abgehalten hat, in der beschlossen wurde, die jetzt bestehende separatistische Partei **aufzulösen** und die Mitglieder in einer neuen Partei zu vereinigen. Es gewinnt den Anschein, als ob die Führer der Separatisten, die wegen ihrer moralischen Qualität selbst bei den Besatzungstruppen in Ungnade gefallen sind, den Versuch machen wollen, unter syndikalistischem Einfluß die Bewegung auf den **proletarischen Klassenkampfes** einzustellen und sich dabei auf die **Erwerbslosen** zu stützen. Jedenfalls wird zurzeit von den Separatisten sehr stark unter den Erwerbslosen agitiert, und man befürchtet ein Wiederaufleben der Putschbestrebungen. Besonders ist die Gefahr in **Aachen** wieder stärker. Nach den Feststellungen finden jedenfalls bei den Separatisten Umgruppierungen statt, die wahrscheinlich mit dem erwähnten Neuaufbau der Partei zusammenhängen.

Dr. Schacht nach Paris berufen.

Wie wir von unterrichteter Seite erfahren, hat der Sachverständigen-Ausschuß in Paris den Reichsbankpräsidenten und Währungskommissar Dr.

Nur ein Mädchen.

Eine einfache Erzählung aus dem Leben.

11) Von B. v. **Winterfeld.**

Im Kasino der Xten Husaren herrschte buntes Treiben. Man sah nur heitere Gesichter. Sogar die hin und her hastenden Ordonnanzen lächelten froh. Das Fest, das die Offiziere des Regiments alljährlich einmal veranstalteten, zeichnete sich in der Stadt stets als besonders gelungen und tadellos arrangiert aus. Und daß es in der Kette der Wintervergnügungen stets das schönste Glied bildete galt als ausgemacht. So hatte man auch heute alles Erdenkliche ersonnen, den Räumen ein möglichst festliches Gepräge zu geben. Rohrbeck hatte sich, wie immer bei ähnlichen Gelegenheiten, das Hauptverdienst um die Arrangements erworben. In fast fieberhafter Erwartung hatte er dem Abend entgegengeblickt. Es war etwas Besonderes, das heute seine Seele erfüllte. Lina Waldenstein sollte ja zum ersten Male in diesen Räumen weilen. Er hatte viele Mädchen kennen gelernt, aber schon seit Monaten, eigentlich seit er sie kannte, erfüllte nur Linas Bild sein Denken und Sinnen. Ob sie es ahnte? Er seufzte. Sie war ja noch so unglaublich harmlos, so rührend kindlich und unbefangen, aber gerade das machte sie ihm doppelt lieb und anziehend. Um keinen Preis der Welt hätte er sie anders wünschen mögen.

„Ob Rohrbeck heute wohl loschießt?" raunte ein junger Offizier seinem Kameraden zu.

„Er sieht mir fast so aus," lautete die Antwort. „Hoffentlich werden wir alle zum Verlobungsdiner eingeladen."

*

„Sicher doch!" klang es zurück.

* * *

Der Abend verlief glänzend und animiert. Lina sah in ihrem weißen Kleide sehr lieblich aus, sie trug als einzigen Schmuck drei dunkelrote Rosen am Gürtel. Als sie gerade im Begriff gewesen, sich für das Fest anzukleiden, hatte Heino sie ihr gebracht, „Des Sommers letzte Rosen", wie er sagte. Dann waren sie mit dem Vater durch den klaren Herbstabend nach der Provinzialhauptstadt gefahren.

Ganz allmählich war das Abendrot am Himmel entschwunden, zögernd, wie beim Abschied von einem geliebten Wesen, küßten die matter werdenden Strahlen die Erde, bis Nebel und Dämmerung bald alles in einen grauen Mantel hüllten, während die welken Blätter lautlos in den Weg getaumelt waren. Unwillkürlich hatte das schwermütige Herbstbild unterwegs die jungen Leute ernst und nachdenklich gestimmt.

„Wie kurz ist doch die Zeitspanne zwischen der Blütenpracht des Frühlings und dem Sterben und Vergehen des Herbstes! — Nur ein einziger, kurzer Lebenssommer!" bemerkte Heino.

„Ja, es wäre trostlos, wenn es keinen ewigen Frühling gäbe!" hatte Lina erwidert, und dann waren sie bald am Ziel.

Am Eingang zum Kasino empfing Franz von Rohrbeck die Ankommenden. Er reichte Lina den Arm, sie zu den für die Damen bestimmten Räumen zu geleiten. Dabei hatte er ihr einen Strauß auserlesener Rosen geboten, den sie freundlich angenommen, ohne zu bemerken, daß er sie so besonders angeblickt. Nur daß er ernster war, als sie es sonst an ihm gewöhnt, fiel ihr auf. Er wich während des Abends kaum von ihrer Seite. Die übrigen Damen schien er fast nicht zu sehen. Heino fühlte sich wohl und glücklich. Seit dem neulichen Gespräch mit Lina wußte er ja, daß ihr Herz ganz frei, daß es ihm in kindlichem Vertrauen und treuer Freundschaft gehörte, wie es immer gewesen. Er sah ohne Arg, wie sich Franz ausschließlich mit Lina beschäftigte. Warum sollte er es auch nicht, kannte er sie doch schon von der Kinderzeit her, dachte er. Er hatte sich in einem der schön dekorierten Nebenräume, hinter einer Gruppe Blattpflanzen, niedergelassen und lauschte den Klängen der Musik, die vom Saal herübertönten, während seine Gedanken in eine lichte, schöne Zukunft schweiften. So hatte er kaum darauf geachtet, daß auf der anderen Seite des großen Palmenarrangements zwei ältere Damen Platz genommen und sich halblaut unterhielten. Da traf zufällig der Klang seines Namens sein Ohr, und er vermochte es nicht zu hindern, die Worte zu hören: „Es ist ja ganz ausgeschlossen, daß er jemals heiraten wird. Ich bitte Sie, welche Eltern würden denn einem so durchaus kränklichen Menschen ihr Kind anvertrauen. Sehen Sie sich einmal die schmale Brust, die eingefallenen Wangen an! Er konnte ja auch weder ein Gymnasium besuchen, noch Kadett sein."

„Er ist ein sehr angenehmer, junger Mann, und er scheint mir gebildeter, als mancher Abiturient," erwiderte eine sanfte Stimme.

„Es ist jammerschade um den prachtvollen Besitz, der ja an die Krone zurückfällt. Denn sollte dieser Arme wirklich eine Frau dennoch finden, Kinder wird er sicher nie hinterlassen, und die Aermste wäre doch nur zu bedauern. Sie würde ja nur Krankenpflegerin sein."

„Ich kann nicht finden, daß er so krank aussieht," ward die sanfte Stimme ein, „er hat sich im letzten Jahre ungemein erholt."

„Nun, liebe Exzellenz, mich täuscht, man nicht so leicht. Sie sehen ihn gewiß nicht genau an," klang es scharf zurück.

Es war eine jener Stimmen, die überall gern das Unerfreuliche hervorheben und verbreiten und auf jedes sonnige Bild gleich einen dunklen Schatten werfen.

Die Damen entfernten sich. Regungslos war Heino an seinem Platz geblieben. Also so dachte man von ihm, und er — er — fühlte sich in diesem Herbst so gesund, daß er wirklich immer fester und fester an seinem Zukunftstraum hielt, dem goldenen, der ihm jetzt schon die Gegenwart so licht und schön machte. Sein goldner Zukunftstraum hieß „Linchen".

Jetzt war ihm plötzlich, als stocke sein Herzschlag. War er denn wirklich so kränklich und schwach, daß er nie daran denken durfte, den Traum einmal zu verwirklichen?

Er erhob sich plötzlich und trat in den Saal. Sein Blick fiel auf Lina, die gegenüber mit Franz im Gespräch begriffen stand. Sie mochte seinen Blick fühlen und sah auf. Lächelnd nickte sie ihm zu. Da hielt es ihn nicht länger, er trat zu ihr: „Linchen, willst du mir nicht eine Extratour gewähren? Ich habe nun lange genug den Schwächling gespielt, nun muß ich mich endlich auch daran gewöhnen, wie andere Leute zu leben."

„Aber, Heini," wehrte sie, „darfst du denn? Wenn es dir nur nicht schadet?"

„Es ist sehr leichtsinnig von dir, Heino," sagte jetzt Franz, der verwundert, dabeistand.

„Nun, Linchen, willst du? Franz, du erlaubst?" fragte Heino nochmals, ohne die Einwände zu beachten, und da sie nicht widerstrebte, legte er den Arm um sie, und ruhig, in vollendeter Harmonie schwebte das Paar nach den Klängen der Walzermelodie dahin. Staunend sah ihnen Franz nach. Staunend folgten ihnen auch andere Augen.

„Ich wußte nicht, daß der junge Waldenstein tanzt."

„Sehen Sie nur, da tanzt Waldenstein! Diese vornehme Ruhe der Bewegungen, diese schöne Haltung, sehen Sie nur, es ist wirklich ein schöner Anblick!" so raunte man rings umher.

Als Heino Lina an ihren Platz zurückgeführt strahte ihr Gesicht.

„Aber, Heini, das war ja einfach himmlisch! Ich ahnte ja gar nicht, daß du so tanzen kannst, mir war's, als schwebte ich mit dir durch ein Zauberland."

„Ja, es war schön, Linchen," sagte er leise und drückte ihre Hand.

„Warum stelltest du denn bisher dein Licht so unter den Scheffel?" empfing ihn Franz.

„Weil der Arzt mir immer verbot, auf einem Balle zu tanzen, obwohl ich früher viele Tanzstunden genossen. Mama hatte immer darauf bestanden. Aber ich habe bis heute das Erlernte nie verwertet, doch nun wird es einmal Zeit, ein Ende mit dieser Verzärtelung zu machen."

Und wieder und wieder forderte er seine Cousine auf, und immer glücklicher strahlte ihr Gesicht.

(Fortsetzung folgt.)

GB Wirtschaftsteil. GB

WTB Dortmund, 18. Jan. In einer Vorstandssitzung der Westfälischen Börsenvereinigung wurden weitere Firmen zum Besuch der Börsenversammlung aufgenommen, sodaß die Zahl der Mitglieder jetzt 329 beträgt, davon 181 Bankfirmen und gewerbsmäßige Börsenbesucher und 188 nicht berufsmäßige Börsenfirmen. Eine weitere Anzahl zur Mitgliedschaft angemeldeter Firmen wurde abgelehnt oder bis auf weiteres zurückgestellt. Trotz der augenblicklich an allen Börsen herrschenden außerordentlichen Geschäftsanteile waren die letzten Börsenversammlungen von über 20 Städten besucht.

Die Goldmarkbilanz

Von Handelsschuldirektor Dr. Nebeling-Beuthen.

Auf Grund des Ermächtigungsgesetzes ist eine Verordnung erschienen, daß am 1. Januar 1924 alle Personen, die nach den bisherigen Gesetzen zur Bilanzierung verpflichtet sind, eine neue Eröffnungsbilanz aufzumachen haben. Als Grundlage für die Bilanz dient die Goldmark, die gleich 10·42 Dollar gerechnet wird nach dem Berliner Börsenkurse. Bei den Kapitalgesellschaften sind ausführliche Erläße notwendig, vor allem in Anlehnung der Vorschriften über das Grundkapital, das nicht ohne weiteres verändert werden kann. Zur Gründung einer A.-G. war ein Grundkapital von M. 5000.— und zur Gründung einer G. m. b. H. ein solches von M. 20 000.— erforderlich. Wie die Angelegenheit der Kapitalgesellschaften geregelt werden wird, das dürfte noch in den nächsten Tagen gesetzlich endgültig geregelt werden.

Auf Grund des anfangs erwähnten Ermächtigungsgesetzes vom 8. 12. 1923 (R. G. B. S. 1179) verordnet die Reichsregierung nach Anhörung der Ausschüsse des Reichsrats und des Reichstages:

§ 1.

1. Kaufleute, die zur Führung von Handelsbüchern verpflichtet sind, haben vom 1. Januar ab oder, falls das neue Geschäftsjahr mit einem späteren Zeitpunkt beginnt, von diesem Zeitpunkt ab das Inventar und die Bilanz in Goldmark aufzustellen.

2. Als Goldmark gilt der Gegenwert von 10·42 des amerikanischen Dollars. Die Reichsregierung ist ermächtigt, eine andere Einheit festzusetzen.

§ 2.

1. Spätestens für den 1. Januar 1924 oder, falls das neue Geschäftsjahr mit einem späteren Zeitpunkt beginnt, für diesen Zeitpunkt sind ein Eröffnungsinventar und eine Eröffnungsbilanz im Sinne des § 39 des H. G. B. in Goldmark aufzustellen.

2. Für die Genehmigung und Veröffentlichung der Eröffnungsbilanz gelten die für die Jahresbilanz maßgebenden Bestimmungen. Die im § 260 Abs. 2 des H. G. B. bestimmte Frist beträgt, auch somit im Gesellschaftsverträge etwas anders festgesetzt ist, 6 Monate; sie kann durch das Gericht angemessen verlängert werden.

Der § 3 besagt, daß auf die in Goldmark aufzustellenden Inventare und Bilanzen, soweit nichts anderes bestimmt ist, die allgemeinen Reichsgesetze Anwendung finden.

In diesem § 3 liegt eigentlich der Kern unserer ganzen Ausführungen. Wir werden nun unmittelbar vor die notwendige Tatsache gestellt, eine Eröffnungsbilanz aufzustellen, ob wir wollen oder nicht, und die kommenden Steuern legen uns mit gebieterischer Stimme im Interesse der Selbsterhaltung, ich möchte hier nicht einmal sagen Substanzerhaltung, diese Pflicht auf. Mancher Kaufmann, der vielleicht um Personal zu ersparen, oder aber der glaubte, durch eine korrekte Buchführung dem Fiskus eine allzu hilfsbereite Handhabe zur Erfassung der Steuer zu geben und deshalb bisher von einer durchdachten Buchführung Abstand nahm, wird jetzt unmittelbar dazu übergehen müssen. Für jenen Kaufmann nun, der mit dem 1. Januar 1924 zur Goldmarkbuchführung übergeht, ist, allgemein genommen, die Sache ziemlich einfach. Die ganzen Geschäftsjahre die hinter ihm liegen, betrachtet er als erledigt. Er richtet also am 1. Januar seine Bücher ein, gerade so wie jener Kaufmann, der vom gleichen Datum ab ein Geschäft neu gründet. Anders verhält es sich indes, wenn der Kaufmann sich ein etwas genaueres Bild über die verflossenen Jahre machen will. Durch die ständig wachsende Inflation, die zum Teil durch eine eigenartige Währungspolitik herbeigeführt worden ist, war der Kaufmann in seiner Kalkulationsmethode und seiner Buchhaltung ganz unsicher geworden. Sturmhohe Papiergeldwellen überschwemmten Deutschlands Wirtschaftsleben und zu der Politik der falschen Bewirtschaftung trat die Politik des Hasses. So konnte Franz von Mendelssohn, der Präsident der Handelskammer Berlin, am Ende des Jahres 1923 behaupten, daß noch kein Jahr gleich große Abweichungen von jeder Norm für das Wirtschaftsleben Deutschlands gebracht hat. Nur zwei Zahlen braucht man einander gegenüberzustellen, um den Absturz zu erkennen, den das deutsche Volk und das deutsche Wirtschaftsleben erlitten haben: am Schluß des Jahres 1922 einen Dollarstand von M. 7 350.— und heute von 4,200 Bill. Das bedeutet einen Rückgang der deutschen Valuta von rund 6·10 000 auf den billionsten Teil des Friedens- oder Goldwertes. Für diesen aber trägt in der Hauptsache einzig und allein die französische Politik der Raubsucht und des Hasses die Verantwortung.

Der passive Widerstand setzte heldenmütig ein, als das Volk der „Tricolore, die Grande Nation" am 11. Januar 1923 in Gemeinschaft mit Belgien den Einmarsch in das Ruhrgebiet vollzog, allerdings ohne die Einwilligung der englischen Verbündeten zu finden. Der passive Widerstand erforderte viel Geld, sehr viel Geld, aber dieses Opfer mußte gebracht werden, da sich nach der Auffassung des damals sich im Amte befindenden Kabinetts Cuno die Pflicht ergab, diesen Widerstand zu finanzieren. In riesenhaft steigendem Maße war die deutsche Regierung gezwungen, immer neue und immer stärker wachsende Summen durch Schatzanweisungen und Schatzwechsel aufzunehmen. Ende Oktober 1923 belief sich der Gesamtbetrag der schwebenden Schuld des deutschen Reichs, bereits auf über 7 Trillionen Mark. Inzwischen aber hat die Vermehrung sich mit rasender Schnelligkeit fortgesetzt, sodaß am 15. November, an dem Tage, an dem offiziell die Diskontierung von Reichsschatzanweisungen und Reichsschatzwechseln durch die Reichsbank aufgehört hat, die schwebende Schuld bis auf 191 Trillionen Mark gestiegen war. In dem gleichen Maße, in dem die Finanzierung des Reiches in einen solchen Zustand der Verwirrung geriet, mußte sich, da die Reichsbank fast allein durch zusätzliche Geldschöpfungen diese Mittel beschaffen mußte, die deutsche Währung entwerten. Infolgedessen mußte schließlich auch der Kaufmann in seinen Geschäftsbüchern mit einer Unmenge von Nullen kämpfen, die, wenn er nicht ganz rechenfest war, ihm zum Verhängnis werden, niemals aber einen sonderlichen Nutzen bringen konnten. Mancher Kaufmann, beschäftigte sich schon mit dem Gedanken, Bücher mit umfangreicheren Spalten einzuführen, falls nicht von obenher Abhilfe geschaffen würde. Man sah sich nun doch schließlich gezwungen, eine andere Währung einzuführen und dieser Ausweg ist nun inzwischen erfolgt durch die Rentenmark. Ich möchte von vornherein darauf aufmerksam machen, daß es sich hier nur um eine Goldmarkrechnung handelt, und niemand gibt uns die feste Zusage, daß die jetzt eingeführten wertbeständigen Goldmittel nicht auch im neuen Jahre in ihrem Kurse schwanken werden. Da der Dollar nun auf 4,2 steht, so setzen wir die Goldmark mit 10·42 fest. Die Steuerbehörde hat auch diese Goldmark als Wertmesser bei Berechnung der Steuer anerkannt.

Was versteht man denn eigentlich unter einer **Bilanz? Unter Bilanz versteht man eine Gegenüberstellung** von Besitz (Aktiva) und Kapital (Passiva) derart, da die einzelnen Besitz und Kapitalbestandteile gruppenweise und summarisch eingesetzt werden. Das Inventar bildet die Grundlage der Bilanz. Während das Inventar das Einzelverzeichnis der Bilanzposten bildet, ist die Bilanz dagegen weiter nichts als die übersichtliche und knappe Zusammenstellung des Inventars in Kontenform. Formell besteht eine Bilanz aus zwei Teilen (Aktiva und Passiva), tatsächlich aber aus drei Teilen (Besitz, Schulden, Eigenkapital).

Die Bilanz, von der wir ausgehen müssen, nennen wir die Anfangs- oder Eröffnungsbilanz. Ohne allen Zweifel muß große Arbeit bei Aufstellung der Vermögenswerte geleistet werden, zumal der Kaufmann unter den verschiedenen Inflationsepochen Werte hereingebracht hat. Um die Warenvorräte ziemlich genau zu erfassen, bedient man sich der Entwertungsfaktoren, wie sie zum 31. Dezember der Jahre 1914—1923 sich ergeben:

Entwerta. d. Mk. a. 31. Dez.	Im Jahrsdurchschn.
1914	1,08 —
1915	1,32 1,17
1916	1,45 1,37
1917	1,37 1,34
1918	2,02 1,75
1919	10,84 4,85
1920	13,55 12,83
1921	42,24 22,69
1922	1719,66 477,66
1923	20 Billionen —.

Wie rechnet man auf Grund der Entwertungsziffern um? Es erscheint aus mancherlei Gründen zweckmäßig, die wichtigsten Bilanzposten zu besprechen. Die bereits vorhandenen Goldmarkposten werden, abgesehen von Abschreibungen, unverändert in die neu aufzustellende Goldmarkbilanz übertragen. Also Grundstücke, Gebäude, Maschinen, Anlagewerte, die in der Vorkriegszeit schon in der Bilanz erschienen, bilden Goldwerte. Von diesen Vorkriegsgoldwerten zieht ich die gemäß Gesetz oder herrschender Sitte notwendigen Abschreibung ab, z. B. wenn ein Kaufmann eine Maschine in Höhe von M. 500 000.— im Jahre 1914 gekauft hat, so ist er berechtigt, bei jährlicher 5prozentiger Abschreibung 250 000 M. abzuschreiben, sodaß in der Bilanz am 1. Januar M. 250 000.— erscheinen. Alle Neuanschaffungen müssen mit dem Entwertungsfaktor des Bilanzstichtages dividiert und von dieser Summe dann ebenfalls die übliche Abschreibung vorgenommen werden.

Ein Beispiel: Der Kaufmann hat im Jahre 1915 eine Neuanschaffung im Werte von 50 000 M. gemacht. Der Entwertungsfaktor für 1915 beträgt 1,32, mithin der Goldwert 50 000 : 1,32 gleich 38 460 Goldmark. Von diesem Betrage zieht er nun für 8 Jahre a 10 Prozent Abschreibung ab, also 30 768 Goldmark, sodaß in der Eröffnungsbilanz die im Jahre 1915 gemachte Neuanlage mit 7 692 Goldmark in die Erscheinung tritt.

Bank-, Reichsbank-, Postscheckguthaben, Barbestände, Markwechsel, Forderungen, Schulden werden mittels des Entwertungsfaktors des Bilanzstichtages auf Goldmark dargestellt.

Viel Zeit und Anstrengung wird den Kaufmann die Warenbestandsaufnahme kosten. Welcher Preis ist für diese einzusetzen: Der Kaufmann kann den Anschaffungs- oder den Zeitwert einsetzen. Grundsätzlich kommt die Vorschrift des H. G. B. in Frage, gemäß der man den Wert des Bilanzstichtages einsetzen soll. Der Kaufmann verfährt indes sehr praktisch, wenn er den Einkaufspreis der Waren, falls sie nicht schon in Goldmark eingekauft sind, durch den Entwertungsfaktor des Kauftages dividiert. Zweifellos muß bei diesem Verfahren große Sorgfalt aufgewendet werden. Aber man soll sich von dem Gedanken leiten lassen, daß es notwendig ist, gründliche Arbeit zu leisten, zumal das Hasten und Jagen der verflossenen Geschäftsjahre dem Kaufmann die Aufstellung einer gesunden Bilanz kaum ermöglichten. Die in ausländischer Währung herangebrachten Waren werden unter Hinzuziehung des Kurses des Anschaffungstages auf Goldmark gestellt. Die Heranziehung des Kursblattes ist also unerläßlich, der Entwertungsfaktor kommt somit bei dieser Aufstellung nicht in Frage. Aber vielleicht verschafft ihm die Gegenüberstellung der Bilanzen der zwei letzten Jahre ein hinreichendes Urteil darüber, ob er einen wirklichen Goldmarkgewinn erzielt hat oder ob er nur Aepfel, Nüsse und Pflastersteine zusammengezählt oder abgezogen hat. In letzterem Falle ist ihm die Nullenepidemie zum Verhängnis geworden. Ein solcher Kaufmann, der unter der Papiermarkfiktion gearbeitet hat, und dessen Kalkulationspolitik grundfalsch war, muß dem Staate Dank zollen, wenn er jetzt die Aufstellung der Eröffnungsbilanz fordert.

Die Eröffnungsbilanz soll dem Kaufmann den Auftakt für eine korrekte Buchführung bilden. Nur diese steht ein, für das Recht des Staates und das des Kaufmanns. Der Satz: gibt dem Fiskus, was des Fiskus ist, und laß dem Kaufmann, was des Kaufmanns ist, dürfte dann in den meisten Fällen schnell zerlegt sein.

Was wird aus den Sachwert-Anleihen?

Die Entwicklung auf dem Markte der Sachwert-Anleihen hat unter dem Zeichen der Stabilität der Devisenkurse eine sehr eigenartige Form angenommen. Die Kurseinbußen sind teilweise ganz außerordentlich. Stellt man einen Vergleich an zwischen den in Goldmark berechneten Preisen der Waren und dem Goldmarkkurs der bezüglichen Sachwert-Anleihen, mag es sich nun um Roggen, Kali, Kohle oder Elektrizität handeln, so kann man durchschnittlich eine Differenz von 50 Prozent wahrnehmen. Oder mit anderen Worten: Die betreffenden Anleihen kosten nur die Hälfte dessen, was für die wirklichen Waren in Goldmarkpreis aufzuwenden ist.

Einige Beispiele mögen das erläutern: Der Zentner **Roggen** kostet etwas über sieben Goldmark die Roggen-Anleihe dagegen bewegt sich um etwa fünf Goldmark für das auf einen Zentner lautende Wertpapier. So notieren Anhalter Roggen und Berliner Roggen durchschnittlich in den letzten Tagen etwa fünf Goldmark, der Kur- und Neumärkische sogar nur vier Goldmark, die Preußischen Zentral-Kredit-Boden-Roggen-Pfandbriefe sogar noch unter vier Goldmark, und am niedrigsten notierten die Sächsische Roggen-Anleihe, die die volle Hälfte gegenüber dem Warenpreis eingebüßt hat. Eine ähnliche Bewegung kann man bei den Kohlen-Anleihen wahrnehmen, die durchschnittlich um die Hälfte ihres rechnungsmäßigen Warenwertes gesunken sind. Die Preußische Kali-Anleihe notiert ebenfalls nur drei Goldmark pro Stück, während der entsprechende Warenwert über sechs Goldmark ist. Eine bemerkenswerte Ausnahme machen bei diesen Sachwert-Anleihen nur die Sächsischen Braunkohlen-Anleihen der vierten Emmission, die etwa ein Viertel über dem Warenpreis notieren. Diese Kurseinbußen sind gewiß an sich der Ausdruck für die gegenwärtige Krisis, sie haben aber doch auch tiefere Gründe. Es zeigt sich, daß man auf dem Markte der Sachwert-Anleihen im Laufe der Zeit **ganz wesentlich übernommen** hat. Die Zahl und die Art dieser Anleihen sind mit der Zeit so groß und verworren geworden, daß das auch kursmäßig nicht ohne Rückwirkung bleiben konnte. Dabei steht eine ganze Reihe von Ausgaben solcher Sachwert-Anleihen bevor. Es ist daher gar nicht daran zu denken, daß in absehbarer Zeit eine allgemeine Belebung des Geschäfts auf dem Markt der Sachwert-Anleihen mit dem Ziel einer Aufwärtsbewegung der Kurse sich durchsetzt. Für die Besitzer solcher Anleihen ist die Situation sicher sehr mißlich, doch würde es verfehlt sein, solche Papiere im Zeichen der jetzigen Baisse abzustoßen. Andererseits würde es kaum mit größerem Risiko verbunden sein, wenn freie Mittel zur Anlage in solchen im Grunde durchaus sicheren Papieren Verwendung fänden.

Die gegenwärtige Preisbewegung beim Roggen legt aber auch noch eine andere Erwägung nahe, nämlich, daß die Reichsregierung doch gut beraten war, als sie das neue Geld nicht einzig und allein auf Roggen-Basis abzustellen sich entschlossen hatte. Um diese Frage hat sich seinerzeit ein beinahe partei-politischer zugespitzter Kampf entsponnen. Wäre unsere heutige Rentenmark allein auf Roggenbasis abgestellt worden, so wäre sie heute schon um 30 Prozent entwertet worden. Die Praxis hat daher erwiesen, daß es zweckmäßig ist, an der gegenwärtigen allgemeinen Basis für die Rentenmark, die in der hypothekarischen Verschuldung des gesamten Wirtschaftsbesitzes beruht, festgehalten wird.

Der Frankensturz und die Börse.

An der Berliner Börse sind in der letzten Zeit täglich etwa 4—5 Millionen französische Franken zum Verkauf gegeben worden. Das Material kam nämlich aus denjenigen Kreisen, die in den Zeiten der Hausse sich auch mit dieser Valuta eingedeckt haben. Dabei kam es natürlich zu starken Hamsterkäufen, die jetzt, und zwar unter erheblichen Verlusten aufgelöst werden.

So grotesk es auch klingt, so wahr ist es, daß nämlich der Sturz des **französischen** Franken schon in seinem jetzigen Ausmaße der **deutschen** Reichsbank die allergrößten Sorgen bereitet. Es fehlte nämlich an entsprechender Aufnahmemöglichkeit. Den Ausweg hierfür zu finden, ist außerordentlich schwierig. Die Reichsbank kann schließlich das ungeheure herauskommende Material garnicht aufnehmen, einmal weil sie keinen Bedarf hat, und zum anderen, weil sie nicht das große Entwertungsrisiko auf sich nehmen darf, daß bei weiterem Sturz des Franken auf dem Spiel steht. Außerdem würde ja auch eine solche Aktion im Effekt auf eine Stütze des Frankenkurses hinauskommen. Setzt aber die Reichsbank den Frankenkurs unter die Notierungen auf den internationalen Börsenplätzen, dann würde eine solche Maßnahme als ein sichtlicher Druck auf die internationale Kursgestaltung des Franken angesehen. Es sind auch jetzt schon wieder gerissene Spekulanten am Werk, die diese seltsame Lage der Reichsbank für börsenmäßige Gewinnmöglichkeiten auszunutzen suchen. Die Reichsbank wird scharf acht zu geben haben, daß in diese Strömungen sich nicht auch Elemente mischen, die über die Senkung des Frankensturzes auch eine Senkung der deutschen Währung herbeiführen möchten. Solche Manöver werden nämlich jetzt versucht, sie sind eigentlich niemals seit der Stabilisierung der Mark aufgegeben worden, und nun kommt alles darauf an, daß **die Reichsbank die Führung behält.**

Berliner Fruchtmarkt.

() **Berlin**, 17. Jan. Das Geschäft am Fruchtmarkt nahm ruhigen Verlauf. Roggen wurde ab nahen Stationen von hiesigen und anderen Mühlen verlangt und verhältnismäßig hoch bezahlt. Schlesische Mühlen suchten schlesischen Weizen zu verhältnismäßig hohen Preisen zu kaufen. Von Gerste wurde nur gute Brauware begehrt. Für Hafer zeigte sich keine Unternehmungslust, weil der Verbrauch bessere Preise nicht anlegen will. Mehl wurde nur wenig umgesetzt; die Preise sind mit der Werterhöhung des Getreides nicht mitgegangen. Sonstige Artikel hatten ruhiges Geschäft.

Amtlich wurden folgende Preise festgesetzt: Getreide- und Oelsaaten für die 1000 Kg., sonst für die 100 Kg. ab Station. Die Preise verstehen sich in Goldmark oder in Rentenmark: **Weizen**, märk., 162—166 Mark, **Roggen**, märk., 147—151 Mark, pommerischer 147—148 Mark, Gerste, märk. Sommer-, 168—175 Mark, Hafer, märk., 118—121 Mark, pommerscher 112—116 Mark, schlesischer 109—111 Mark, Mais, waggonfrei Hamburg 172—173, Weizenmehl 25,50—28 Mark, Roggenmehl 23—25 Mark, desgl. Berliner Marken bis 26 Mark, Weizenkleie 8 bis 8,20 Mark, Roggenkleie 7,50—7,60 Mark, **Raps** 270 Mark, Viktoriaerbsen 39 bis 41 Mark, kleine Speiseerbsen 21—24 Mark, Futtererbsen 16—17 Mark, Peluschken 14—15 Mark, Ackerbohnen 13 bis 15 Mark, Wicken 17—19 Mark, Lupinen, blaue, 15—16 Mark, gelbe 17 bis 19 Mark, Serradella 16 bis 18 Mark, Rapskuchen 11,50—11,70 Mark, Leinkuchen 25—26 Mark, Torfmelasse 7,75—8 Mark, Trockenschnitzel 8,50—8,60 Mark, Zuckerschnitzel, helle vollwertige, 16—18 Mark, Kartoffelflocken 18 Mark.

– Für **Rauhfutter** wurden folgende Preise (in Goldmark) festgesetzt: drahtgepreßtes Roggen- und Weizenstroh 0,60—0,75 Mark, desgl. Haferstroh 0,50 bis 0,65 Mark, desgl. Gerstenstroh 0,50—0,60 Mark, bindfadengepreßtes Roggen- und Weizenstroh 0,40 bis 0,50 Mark, gebündeltes Roggenlangstroh 0,40 bis 0,50 Mark, Häcksel 1,10—1,30 Mark, handelsübl. Heu 0,90—1 Mark, gutes Heu 1,20—1,40 Mark. (Alles die 5 Kg. ab Station.)

Schacht zur nächsten Sitzung nach Paris geladen, um ihn über die Fragen, die mit der deutschen Währung und der Stabilisierung der Mark im Zusammenhange stehen, zu hören.

Ortsnachrichten aus dem Kreise Olpe.

(b) **Olpe**, 18. Jan. **(Wichtige Fahrplanänderung.)** Es treten folgende Fahrplanänderungen ein. Neueingelegt sind die Personenzüge 6.44 Uhr vorm. ab Olpe, 9.56 Uhr an Köln, 6.22 Uhr ab Köln, 10.51 Uhr an Olpe, 11.47 Uhr ab Dieringhausen, 1.03 Uhr an Olpe. Der Personenzug 11.28 Uhr ab Dieringhausen, 11.42 Uhr an Olpe fällt fort. — Hoffentlich werden auf der Finnentroper Strecke auch bald diesbez. Aenderungen getroffen.

—0— **Olpe**, 18. Jan. Heute, Freitag abend, 8 Uhr, ist in der kathol. Pfarrkirche wiederum ein **religiös-apologetischer Vortrag seitens** der Düsseldorfer Jesuiten. Pater **Zurhausen** behandelt in diesem Vortrag das Thema: „Optimismus oder Pessimismus?" Hat eine pessimistische Weltanschauung, wie sie sich praktisch in der weitverbreiteten Mißmutstimmung zeigt, eine Berechtigung? Hoffentlich werden diese Vorträge nunmehr eine zahlreichere Zuhörerschaft finden als in den letzten Monaten. Es wäre für den Geist der katholischen Einwohnerschaft Olpes ein trauriges Armutszeugnis, wenn diese Vorträge, die anderswo gefüllte Kirchen finden, in Olpe aus Mangel an Interesse eingestellt werden müßten.

!! **Olpe** 18. Jan. **(Vorläufig keine Abänderung der Reifeprüfung.)** In einer Unterredung eines Mitarbeiters des Berliner Tagebl. mit dem Kultusminister Dr. Boelitz über die Umgestaltung der Reifeprüfung erklärte der Minister, die Reifeprüfung würde Ostern 1924 nicht anders gehandhabt werden als bisher. Eine durchgreifende Umgestaltung der Reifeprüfung würde im Zusammenhang mit der bevorstehenden Schulreform bearbeitet werden.

-!- **Olpe**, 18. Jan. Der Reichsverkehrminister beabsichtigt, den Reichseisenbahnrat noch in diesem Monat einzuberufen, um ihn über Art und Umfang einer etwaigen **Ermäßigung der Eisenbahngütertarife** gutachtlich zu hören.

W **Olpe**, 18. Jan. Der Staatsanzeiger veröffentlicht eine Mitteilung des Ministeriums des Innern, über **Reichssteuerzuteilung an die Gemeinden** (Gemeindeverbände.)

-!- **Olpe**, 18. Jan. **(Notgeld der Reichsbahn.)** Die außerordentlich gespannte Lage der Reichsbahn erfordert die restlose Flüssigmachung aller vorhandenen Zahlungsmittel. Da das von den Ländern und Gemeinden herausgegebene Notgeld sich in erheblichen Massen in den Eisenbahnkassen ansammelte und für das unbesetzte Gebiet zur Einlösung aufgerufen ist, sehen sich die **Reichsbahndirektion Elberfeld**, und die ihr unterstellten Kassen genötigt, **künftig nur noch Reichsgeld und das Notgeld der deutschen Reichsbahn in Zahlung zu nehmen.** Es wird daher dringend angeraten, beim Verkehr an den Schaltern der Eisenbahnkassen künftig das erforderliche Reichsgeld oder Notgeld der deutschen Reichsbahn bereit zu halten. Bei dieser Gelegenheit wird auf die Möglichkeit hingewiesen, durch Kauf der neuen Eisenbahnwertzeichen an den Fahrkartenschaltern die Zahlungsmittel für später auszuführende Reisen nach und nach anzusammeln.

!! **Olpe**, 18. Jan. **(Aufkauf von Eiern.)** Der Minister für Handel und Gewerbe und der preußi-

sche Staatskommissar für Volksernährung haben eine Verordnung über den Aufkauf von Eiern erlassen. Wer in eigener Person beim Erzeuger Eier zur Wiederveräußerung oder zur gewerblichen Verarbeitung oder für Gemeinden, Gemeindeverbände, Betriebe oder als Beauftragter einer Mehrheit von Personen aufkaufen will, bedarf der Erlaubnis des zuständigen Regierungspräsidenten. Diese besondere Erlaubnis ist auch für Inhaber einer Erlaubnis zum Handel mit Eiern nach § 1 der Verordnung über Handelsbeschränkungen erforderlich.

)(Olpe, 18. Jan. **Die grüne Uniform der Schutzpolizei** muß auf Verlangen der Entente durch eine andere ersetzt werden. Die Anfertigung der neuen Monturen ist bereits so weit gediehen, daß sie voraussichtlich am 1. April in verschiedenen Regierungsbezirken ausgegeben werden können. Die neue Uniform besteht aus einem Rock aus **dunkelblaumeliertem Stoff**, schwarzen Tuchhosen und Ledergamaschen. Der Mantelstoff ist von blauer Farbe. In der sonstigen Ausrüstung der Schutzpolizei treten Aenderungen nicht ein. Aus dem Straßenbilde wird die charakteristische grüne Uniform vorläufig noch nicht verschwinden, da sie noch im Dienst aufgetragen wird und die neue Bekleidung zunächst nur als sogenannte erste Garnitur zur Ausgabe gelangt.

Briefe an das S. V.

(Für die unter dieser Rubrik veröffentlichten Nachrichten übernimmt die Schriftleitung nur die preßgesetzliche Verantwortung.)

Olpe, 18. Jan. Auffallend ist es, daß Olpe mit seinen Preisen an erster Stelle steht. Allerorten kann man für verhältnismäßig **wenig Geld gute Waren** kaufen, nur in Olpe ist so etwas nicht möglich. Beispielsweise kostete in Münster am Samstag, dem 12. Januar, prima Rindfleisch (kein Gefrierfleisch) a Pfund 60—70 Pfg., (in Olpe 1,—) prima Schweinefleisch (kein Gefrierfleisch) a Pfund 90—100 Pfg. (in Olpe 1,50). Wie verhält sich das?

Einer für viele.

Provinzielles

* **Siegen**, 17. Jan. Mit dem 1. April wird das **Versorgungsamt in Siegen aufgelöst**, mit ihm die Versorgungsämter Hagen, Meschede, Minden, Paderborn und Coesfeld. Der hiesige Bezirk wird mit Hagen und Meschede dem noch verbleibenden Versorgungsamt in Soest zugeteilt. (Sieg. Ztg.)

* **Dortmund**, 17. Jan. Der Dachdecker Philipp Uhlhoff, der im **kommunistischen Arbeitslosenrat** seit Monaten eine hervorragende Rolle spielt, wurde von der Polizei **bei einem Einbruch ertappt**. Er war mit drei Komplizen in den Hühnerstall eines Arbeiters eingebrochen und hatte bereits 15 Hühner, 3 Hähne und eine Ente abgeschlachtet. Uhlhoff ist ein würdiger Nachfolger des „berühmt" gewordenen Arbeitslosenrates Walter Pinsch, der zunächst für sich ausreichend sorgte und seinen Genossen das Nachsehen ließ.

* **Aus dem Hessischen**, 17. Jan. **(Wildsterben.)** An den Fütterungsstellen im Reinhardtswalde sind verschiedene Wildsauen verendet aufgefunden worden. Die Tiere können nicht brech (wühlen), und es fehlt ihnen daher an der Wurzelnahrung. Früher gab es Mais zur Winterfütterung; dafür ist heute kein Geld vorhanden. Eicheln sind vom tiefen Schnee vergraben. Die Förster geben zwar Brot ab, aber was ist das unter so viele. Beim Rotwild ist noch nichts Nachteiliges in die Erscheinung getreten, da viel Heu vorhanden ist. Sollten aber die jetzigen Verhältnisse andauern, dann besteht allerdings auch hier Gefahr.

Letzte Telegramme

WTB London, 18. Jan. Wie Reuter meldet, ist der Ausschuß des Völkerbundes zum finanziellen Wiederaufbau Ungarns gestern in London zusammengetreten. Es nahmen daran teil: Lord Robert **Cecil** (Großbritannien), **Clauzel** (Frankreich), **Bonin-Longare** (Italien), Graf **Bethlen** (Ungarn) und Dr. **Benesch** (Tschechoslowakei). Die Besprechung, die nicht öffentlich stattfindet, wird 2—3 Tage dauern.

WTB Berlin, 18. Jan. Bürgermeister **Ritter** ist in der vergangenen Nacht unerwartet **gestorben**.

WTB M.-Gladbach, 19. Jan. Im **Streik** in der M.-Gladbacher **Textilindustrie** ist es gestern zwischen den Arbeitgebern und den Arbeitnehmern zu einer **Einigung** gekommen. Die Arbeitszeitfrage wurde im Sinne der neuen Arbeitszeitverordnung geregelt, notwendigenfalls durch einen Schiedsspruch, dem sich beide Parteien unterwerfen.

WTB Rheydt, 18. Jan. Hier kam es gestern nachmittag im Anschluß einer Arbeiterkundgebung zu **Unruhen**, die aber von der einheimischen Polizei mit der von M.-Gladbach herbeigerufenen Polizeihilfe, die mit Genehmigung der Besatzungsbehörden eingriff, alsbald unterdrückt wurden. Ein Polizeibeamter wurde durch einen Brustschuß leicht verletzt.

WTB London, 18. Jan. Daily Chronicle berichtet, daß der **Mißtrauensabänderungsantrag der Arbeiterpartei** wohl heute eingebracht werde. Es werde erwartet, daß bei der Abstimmung die Regierung sich in einer Minderheit von 70 Stimmen befinden werde.

WTB Düsseldorf, 18. Jan. Das Fälscherunwesen nimmt hier immer mehr überhand. In den letzten 2 Tagen konnte die Polizei 5 verschiedene Fälschungen von Notgeld und Reichsbanknoten aufdecken. Es handelt sich um drei Banden und mehrere Einzelpersonen. Etwa zehn Personen wurden verhaftet.

WTB Benrath, 18. Jan. Hier hat die Streiklage insofern eine **Verschärfung erfahren**, als die Streikenden die Angestellten am Betreten der Betriebe hinderten. Im benachbarten Hilden ereigneten sich einzelne Vorkommnisse. Der Aufforderung der Arbeitgeber, die Arbeit wieder aufzunehmen, wurde keine Folge geleistet. Störungen der öffentlichen Ordnung und Sicherheit sind nicht vorgekommen.

WTB Dresden, 18. Jan. Reichseisenbahnminister **Oeser** hat am 16. 1. den Ministerpräsidenten **Heldt** in Dresden besucht. Im Anschluß daran fand eine Besprechung statt, an der auch der Finanzminister Dr. **Rheinhold** teilnahm. Dabei hat der sächsische Ministerpräsident erneut zum Ausdruck gebracht, daß es wünschenswert sei, daß die **Gütertarife etwas herabgesetzt** würden, was eine große Hilfe für die Wiederingangsetzung der Wirtschaft bedeuten würde.

WTB Düsseldorf, 18. Jan. Im Laufe des gestrigen Abends wurde gegen die **Straßenbahn mit Steinen geworfen**, wodurch viele Scheiben zertrümmert wurden. Um 7 Uhr abends schleuderte auf dem Oberbilker Markt jemand gegen einen Polizeibeamten eine **Handgranate**, die aber versagte. Die Täter ergriffen die Flucht und entkamen unbekannt. Unter dem dringenden Verdacht einer der Täter zu sein, wurde ein Arbeiter festgenommen. Etwas später fand man in der Münchener Straße eine Handgranate. In der Oberbilker-Allee wurden 5 verdächtige Burschen festgestellt, die nach Waffen durchsucht wurden. Hierbei griff einer der Burschen in die Tasche und schleuderte einem Beamten eine Handgranate gegen die Brust, die dieser mit dem Fuß ein Stück weiterschleudern konnte. Die Handgranate explodierte, ohne jemand zu verletzen. Die flüchtenden Täter wurden beschossen, entkamen jedoch.

WTB Berlin, 18. Jan. Nach der V. Z. ist der deutsche Geschäftsträger in Paris, Botschaftsrat **von Hoesch**, heute früh in Berlin eingetroffen. Der Geschäftsträger in Brüssel befand sich bereits seit Sonntag in Berlin. Die Besprechungen über die Memoranden der französischen und belgischen Regierungen können nun beginnen.

WTB Paris, 18. Jan. Nach einer Meldung des Herald aus Newyork verlautet, daß gestern vormittag in Südkalifornien in der Nähe der Grenze von Equador mehrere heftige **Erdstöße** verspürt worden seien, die von starkem unterirdischen Rollen begleitet waren. Eine Reihe von Staaten sei besonders stark mitgenommen worden. Die Zahl der Opfer ist unbekannt, die Einwohner flüchten aus dem Lande.

Briefkasten.

Nach Olpe. Daß das Brot hier noch 1 Mark kostet, während daselbe in der Großstadt Hagen bereits seit dem 14. d. M. nur mehr 80 Pfg. kostet, ist uns auch unverständlich. Noch unverständlicher aber ist es, daß die Preisprüfungsstelle das alles ruhig hinnimmt.

Druck und Verlag:
Verlagsanstalt F. X. Ruegenberg, Olpe
verantwortlich für die Gesamtredaktion: **Paul Fischer** in Olpe; für die Berliner Redaktion: **Dr. Krauß** in Berlin-Schöneberg.

Billige Lebensmittel!

Tafelmargarine frisch eintreffend	à Pfd.	58 Pfg.
Bestes Schweineschmalz	„ „	92 „
Prima Speisefett	„ „	68 „
Kernseife	Doppelstück	24 „
Seifenpulver	Paket	20 „
Prima Weizenmehl, weiß	à Pfd.	19 Pfg.
Haferflocken	„ „	22 „
Puddingpulver, Vanille	„ „	46 „
Prima Gemüsenudeln	„ „	36 „
Bruchreis	„ „	18 „
Burma-Reis	„ „	22 „
Kornkaffee	Paket	30 „
Malzkaffee	Paket	30 „
Feinster Rohkaffe heute eintreffend	à Pfd.	2,00 M.
Condensierte Milch, große Dose		70 Pfg.

Alle übrigen Lebensmittel äussersi preiswert!

Franz Gummersbach — Adolf Kaiser
Josef Gummersbach — Kaufhaus Germania
Hub. Harnischmacher — Franz Maiworm
Georg Heßmann — Josef Stahl
Jos. Junker — Franz Theile

Geschäftszeit: Morgens 8—12, nachmittags 1½—6

KL
Kaiserhof-Lichtspiele
Olpe i. Westf. — Martinstr. 24

Samstag, den 19., und Sonntag, den 20. Januar,
Der Zirkus-König
IV. Teil.
Im Namen des Gesetzes
6 spannende Akte.

Der schwarze Harlekin.
Ein Filmspiel in 5 Akten.
Hauptrolle: Dary, Holm, Ernst Rückert u. s. w.

Anfang: Samstag und Sonntag abends 8½ Uhr.
Sonntag nachmittags 4½ Uhr.



Erdal! 1,2,3
Zaubert den Glanz herbei,
Macht alte Schuhe neu,
Ist billig dabei.

Erdal
Werner & Mertz A.-G. Mainz

Existenz
Herren und Damen jeden Standes (kautionsfähig), allerorts sofort gesucht, zwecks kommissionsweisem Verkauf unserer Artikel (Wäsche, Bekleidung, Schuhwaren etc.) Größte Verdienstmöglichkeit. Off. an August Rettig, G. m. b. H., Berlin, Innsbruckerstraße 18. [†150

Putzfrau
gesucht für's Amtsgericht. (†147)
Zu melden bei
Müller, Oberwachtm.

Kätner-Verein Olpe
Unser liebes Mitglied [†184
Frau Wwe.
Eduard Hees
geb. Kruse
ist gestorben.
Die Beerdigung findet Sonntag nachmittag statt.

Nutz- und Brennholz-Verkauf.
Unter den im Termine bekanntzugebenden Bedingungen sollen öffentlich meistbietend verkauft werden:
1. **Dienstag, den 22. d M, 10 Uhr vorm.** an der Minden-Coblenzer Provinzialstraße km 181,4—181,7 in Oberveischede: 23 Ahorn (0,25—0,40 m Durchmesser), 1 Linde und 1 Esche,
2 Uhr nachm. km 186,6/7 in Griesemert 2 Fichten,
2. **Mittwoch, den 23 d M, 9 Uhr vorm.** km 194,4—194,9 in Friedrichsthal 5 Ahorn, (0,30—0,45 Durchmesser) und 2 Pappeln,
11 Uhr vorm. km 199,1—199,7 in Wendenerhütte 3 Eichen, 2 Eschen, 4 Ahorn, 2 Fichten, 1 Kastanie und 1 Ulme (0,30—0,45 Durchmesser),
3. **Donnerstag, d 24 d M, 10 Uhr vorm** an der Dortmund-Hagen-Siegener Prov.-Straße km 88,0—88,8 im Dohm 20 Eschen (0,25—0,40 Durchmesser) und 1 Ulme.

Olpe, den 17. Januar 1924.
Der Provinzialstraßenmeister
Hermann.

Platina, Gold u. Silber.
Alle Gegenstände aus diesen Metallen, wenn auch zerbrochen oder beschädigt, kauft zum höchsten Tageskurs
Otto Scherer, Attendorn,
Wasserstr. 19.
752)

Dienstmädchen
aus guter katholischer Familie, erfahren in Haus- und Gartenarbeit, für ein ländliches Pfarrhaus in der Nähe von Olpe gesucht. Zeitgem. Lohn. Offerten unter Nr. †156 an die Geschäftsstelle ds. Bls.

K. K. V.
Heute, Freitag, abends 8¼ Uhr im Vereinslokale
Vortrag: P. Zurhausen „Eine Reise durch Katziawar"
Eine schwere, hochtragende
Kuh
zu verkaufen.
Beul, Auktionator, Attendorn. (†158

Jungdo Olpe.
Heute abend 8½ Uhr bei Wwe. Nord. Deimel
Pflichtabend.
Orden und Ehrenzeichen anlegen.
Der Großmeister.

Kaufe laufend
Grubenhölzer
aller Dimensionen oder dazu passende
Waldbestände.
Hub Reuter,
Lichtringhausen-Attendorn.
(698) — Fernruf 181 —

Mittelschweres
Schwein
zu kaufen gesucht.
2 noch gut erhaltene
Winteruister
zu verkaufen. (†153
Wilhelm, Attendorn, Finnentroperstraße 12.

Ueber
120 Lehrlinge
sind Ostern 1924 in Handwerkslehre unterzubringen. Meldungen mit Nachweis der Befähigung zur Ausbildung von Lehrlingen zu richten an das
Städtische Waisenhaus in Köln,
Gilgagürtel 47,
Post Klettenberg. (†151



Habe eine Auswahl in hochtragender
Rinder
zu verkaufen. (†145)
Eduard Grobe,
Wenden, Fernruf 31.

Eine schwere, hochtragende
Kuh
zu verkaufen.
Beul, Auktionator, Attendorn. (†158

Bergungshalber eine fast neue
Betstelle
mit Mat. sowie ein kleiner, weißer em.
Herd
verkäuflich. Wo, sagt die Exp. d. Bl. [†149

Künstliche Haararbeiten
wie Ahrleiten, Broschen, Blumen, Flechten 2c. erhält man in bester Ausführung bei
Gebr. Clemens, Olpe, Martinstraße 18.